

## Nur mit Einordnung

Der Aufsichtsrat der Berlinale hat nach der Aufregung um die Bären gala einen erwartbaren Anspruch formuliert: Die Internationalen Filmfestspiele müssten ein Ort bleiben, »der frei ist von Hass, Hetze, Antisemitismus, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und jeder Form von Menschenfeindlichkeit«, heißt es in einem am Montag abend veröffentlichten Beschluss des Aufsichtsrats der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB), zu denen auch die Berlinale gehört. Freilich war es während der Preisverleihung am 24. Februar weder zu Hass oder Hetze noch zu Menschenfeindlichkeit gekommen, sondern zu Protest gegen die israelische Kriegführung in Gaza und zu Forderungen etwa nach einem Waffenstillstand. Besondere Erregung rief die Verwendung der Begriffe »Apartheid« und »Genozid« hervor. Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) hatte den KBB-Aufsichtsrat als Vorsitzende einberufen. »Die persönliche Meinung einzelner Preisträgerinnen und Preisträger, die für ihr künstlerisches Schaffen ausgezeichnet wurden, kann nicht der Berlinale zugerechnet werden«, heißt es im Beschluss weiter. Für die Zukunft solle sichergestellt werden, »dass für Gäste und Preisträger einerseits Meinungs- und Kunstfreiheit innerhalb des grundgesetzlich geschützten Rahmens gewährleistet bleiben, dass für die Berlinale andererseits aber Raum für politische Einordnung und Gegenrede bleibt«. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/471310.berlinale-nur-mit-einordnung.html>